

Rats-Update Nr. 22

Sitzung des Duisburger Stadtrates am 2. Dezember 2024

Nachdem der Stadtrat erst eine Woche vorher den Haushaltsplan für die kommenden zwei Jahre diskutiert und beschlossen hatte, kamen die Ratsmitglieder in der heutigen Sitzung zusammen, um alle anderen politischen Angelegenheiten und Themen der Stadt zu beraten. Auf der Tagesordnung standen 96 öffentliche und 13 nicht-öffentliche Tagesordnungspunkte. Die Teilnehmer erwarteten also eine längere Sitzung, bevor es in die politische Winterpause ging.

Verpflichtung einer neuen Ratsfrau

Der Oberbürgermeister überraschte die Sitzungsteilnehmer zu Beginn mit dem Hinweis, dass Ratsherr Dr. Stephan Wedding von der Fraktion JuDu zurückgetreten sei und seine Frau, Christiane Wedding, dafür in den Rat nachrücke. Dementsprechend wurde sie vom Oberbürgermeister „eingeführt und verpflichtet“ (wie es in §67 Abs.3 der Gemeindeordnung NRW heißt).

Wirtschaftspläne

Zunächst standen die Wirtschaftspläne für das Jahr 2025 von DBI (Duisburg Business & Innovation), DEG (Duisburger Einkaufsgesellschaft), DK (Duisburg Kontor), DKH (Duisburg Kontor Hallenmanagement), Filmforum GmbH, SD (Schulbaugesellschaft) und der Werkstatt für Menschen mit Behinderung gGmbH auf der Tagesordnung, die der Rat alle kommentarlos und einstimmig beschloss.

Erhöhung der Steuer für Geldspielgeräte

Der Kämmerer schlug dem Stadtrat vor, die Vergnügungssteuer auf „Spielapparate mit Gewinnmöglichkeit“ von 22% auf 24% zu erhöhen, um Mehreinnahmen in Höhe von ca. 940.000,- Euro für den städtischen Haushalt zu erzielen. Die umliegenden Städte haben diese Steuer bereits in den vergangenen Jahren auf 24% erhöht, in einigen Fällen sogar auf 25%. Während der Kämmerer hier neben den Mehreinnahmen auch eine *„ordnungspolitische Maßnahme zur Eindämmung der Spielsucht“* sieht, erkannte die AfD-Fraktion genau hier ein Problem, da die Spieler krank seien und Hilfe benötigten, anstatt Mehrausgaben durch höhere Steuern. Dementsprechend stimmte die AfD gegen die Erhöhung der Vergnügungssteuer, alle anderen Fraktionen sahen hier kein Problem und stimmten zu.

Brandschutzbedarfsplan

Die Stadt ist gesetzlich zur Aufstellung eines sogenannten Brandschutzbedarfsplans verpflichtet, der alle fünf Jahre überprüft bzw. neu erarbeitet werden muss. Die Feuerwehr hat in der aktuell vorliegenden Version dargelegt, wie viele neue Feuerwachen, Fahrzeuge, Geräte und Mitarbeiter erforderlich sind, um die Rettungsmöglichkeiten und Hilfeleistungen in der Stadt aufrechtzuerhalten und/oder zu verbessern. Durch neue Siedlungen, Gewerbegebiete und neue Straßen in Duisburg verändern sich die Voraussetzungen in den letzten Jahren immer wieder. Der finanzielle Mehrbedarf, der sich aus den geplanten Veränderungen und Erneuerungen bei der Feuerwehr ergibt, liegt bei ca. 60 Mio. Euro pro Jahr (in den kommenden fünf Jahren). Das ist zwar viel Geld, aber wer will der Feuerwehr schon widersprechen, wenn diese mitteilt, dass die Maßnahmen dringend notwendig sind, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger aufrechtzuerhalten? Dementsprechend genehmigte der Stadtrat den Brandschutzbedarfsplan ohne Widerspruch und einstimmig.

Sozialbericht 2024

Die Verwaltung legte dem Rat den Sozialbericht 2024 vor. Die Erarbeitung des Berichts erfolgte durch die Fachfirma GEWOS, dem Institut für Stadt-, Regional- und Wohnforschung GmbH und einer städtischen Lenkungsgruppe, die aus Vertretern verschiedener städtischer Ämter bestand.

Hier ein Textauszug aus der Beschlussvorlage: *„Die Sozialberichte beschäftigen sich mit ausgewählten Indikatoren zur Sozialstruktur in der Stadt und zeigen soziale Ungleichheiten auf. Seit 2008 behandeln sie jeweils einen besonderen Themenschwerpunkt. Im Sozialbericht 2010 war das Thema Wohnen erstmals Schwerpunktthema und floss in die Stadtentwicklungsstrategie 'Duisburg 2027' ein. Gemeinsamer Leitgedanke der beteiligten Fachbereiche Amt für Soziales und Wohnen, Umweltamt, Stabsstelle Klimaschutz sowie das Amt für Stadtentwicklung war die sozial- und klimagerechte Entwicklung der Duisburger Wohnlandschaft mit einer hohen Umsetzungsorientierung.“*

Der Stadtrat sollte den Sozialbericht 2024 mit dem Schwerpunktthema „Sozial- und Klimagerechte Entwicklung der Duisburger Wohnlandschaft“ zur Kenntnis nehmen und gleichzeitig den Oberbürgermeister beauftragen, die erforderlichen Schritte zur Erreichung der definierten Ziele einzuleiten. Welche konkreten Maßnahmen das im Einzelnen sein werden, wird von der Verwaltung noch erarbeitet und den politischen Gremien später zum Beschluss vorgelegt. In diesem ersten Schritt passiert also noch nichts. Dennoch gab es zahlreiche positive und negative Wortmeldungen aus den verschiedenen Fraktionen dazu. Letztendlich beschloss der Stadtrat den Sozialbericht 2024 einstimmig.

Schauinsland-Reisen-Arena – Erneuerung des Dachs

Da das Fußballstadion inzwischen komplett im Eigentum der Stadt Duisburg ist, muss sie sich jetzt auch um die erforderliche Instandhaltung, Sanierung und/oder Erneuerung einzelner Bereiche kümmern. Da schon länger bekannt ist, dass das Dach des Stadions marode ist, wurde nun ein externes Gutachten erstellt, um herauszufinden, was die beste Lösung sei. Das Ergebnis war relativ ernüchternd. Allein die Planungs- und Abbruchkosten des alten Daches werden mit ca. 1,7 Mio. Euro beziffert. Genau (nur) dieser erste Schritt zur Erneuerung des Daches lag dem Stadtrat jetzt zum Beschluss vor.

Das Gutachten hatte verschiedene Varianten untersucht. Zum Beispiel, ob ein geschlossenes oder verschließbares Dach finanziell möglich wäre, ob Photovoltaik-Anlagen zur eigenen Stromversorgung auf dem Dach angebracht werden können oder ob das Stadion insgesamt zu einer Mehrzweck-Arena umgebaut werden könnte. Die Kosten für eine „einfache“ Dacherneuerung werden auf 15 bis 20 Mio. Euro geschätzt. Falls Solaranlagen darauf kommen sollen, wird mit 40 bis 50 Mio. Euro gerechnet, da alle Stützen und Träger des Stadions auch erneuert werden müssten. Bei einem verschließbaren oder geschlossenen Dach gehen die Gutachter von einem 3stelligen Millionenbetrag aus, wie Stadtkämmerer Martin Murrack betonte: *„Und selbst dann wäre es immer noch kein multifunktionales Stadion und es wären dort immer noch keine anderen Veranstaltungen möglich!“*

Die zuständige Stadiongesellschaft schlug dem Rat vor, lediglich eine einfache Dacherneuerung vorzunehmen. Dennoch (oder genau deswegen) gab es zahlreiche Wortmeldungen zu diesem Thema. SPD und CDU betonten, dass sie verantwortungsvoll mit den städtischen Finanzen umgehen und deshalb (nur) der einfachen Dacherneuerung zustimmen wollen. Die Grünen hatten in einem Zusatzantrag gefordert, Photovoltaik-Anlagen auf das Dach zu setzen und noch einmal zu prüfen, ob nicht doch eine Mehrzweck-Arena entstehen könne. Dieser Antrag wurde von den meisten Fraktionen abgelehnt. Der Beschluss, die 1,7 Mio. Euro für Planung und Abriss freizugeben, sowie eine einfache Dacherneuerung vorzunehmen, wurde bei Stimmenthaltung der Grünen und Linken einstimmig beschlossen.

Optimierung des Nahverkehrsplans

Auch bei der folgenden Beschlussvorlage gab es zahlreiche Wortmeldungen, da es sich um eine Taktverdichtung der Straßenbahnlinien 901 und 903 handelte. SPD und CDU lobten die geplanten Veränderungen. CDU-Fraktionsvorsitzender Thomas Mahlberg ergänzte: *„Die Duisburger freuen sich bereits jetzt darauf.“* Die Grünen erklärten, dass sie das bereits seit 20 Jahren forderten und die Linken kritisierten viele Details des umfangreichen Plans. Dennoch stimmten sie letztendlich der Optimierung des dritten Nahverkehrsplans zu, so wie alle anderen Fraktionen auch.

Lärmaktionsplan der Stadt Duisburg

Entsprechend einer „Umgebungslärmrichtlinie“ der EU ist die Stadt verpflichtet, einen Lärmaktionsplan zu erstellen und diesen alle fünf Jahre zu überprüfen und gegebenenfalls zu überarbeiten. Ziel ist es, schädliche Auswirkungen und Belästigungen durch Lärm zu verhindern, vorzubeugen oder zu mindern. Die Stadt ist gemäß Richtlinie zuständig für die *„Lärmkartierung und Aktionsplanung an Hauptverkehrsstraßen, an lärmrelevanten Straßen, an Schienenwegen und an Industrieanlagen“*. Erwartungsgemäß kam die Verwaltung zu dem Ergebnis, dass der Verkehr die größte Lärmbelastung in Duisburg darstelle.

Den Grünen reichte diese Feststellung und die daraus zu erwartenden Maßnahmen nicht. Sie kritisierten, dass *„das alles zu unkonkret und zu unbestimmt“* sei. Die Linken kritisierten, dass es keinen konkreten Zeitplan zur Umsetzung des Plans gäbe. Für die AfD war das Augenmerk im Plan zu sehr auf den Autoverkehr gelegt. Obwohl in der Vorlage beschrieben wurde, dass *„der Lärmaktionsplan keine Rechtsgrundlage zur Umsetzung von Maßnahmen darstellt und die Umsetzung vieler Maßnahmen nur in Verbindung mit anderen Projekten durchführbar“* sei, gab es zahlreiche Wortmeldungen für- und gegen den vorliegenden Lärmaktionsplan. Ihren Wortmeldungen entsprechend stimmten Grüne, Linke und AfD gegen den Plan (jedoch auch aus unterschiedlichen Gründen), alle anderen beschlossen ihn.

Eingangspavillon für die IGA 2027

Für die Internationale Gartenausstellung „IGA 2027“ soll am Rheinpark für fast 5,2 Mio. Euro ein „*nachhaltiger Eingangspavillon*“ aus Holz errichtet werden, unter dem die Eingangskassen, Schließfächer, Aufenthaltsräume und WC-Anlagen geplant werden. Das insgesamt 60 Meter lange und 20 Meter breite (freistehende) Holzdach soll nach der IGA abgebaut werden und könnte eventuell für andere Zwecke, an anderer Stelle genutzt werden, wie z.B. als Überdachung eines Schulhofes oder ähnliches. Obwohl es bisher keine konkrete Idee zur Weiternutzung des Dachs gibt, steht bereits jetzt fest, dass jährliche Unterhaltungskosten in Höhe von 360.000,- Euro anfallen werden.

Die SPD ergänzte den Baubeschluss durch den Wunsch, auf dem Holzdach auch Photovoltaikanlagen zu installieren, wofür sie von den Grünen sehr gelobt wurde. Die Grünen bezeichneten das geplante Eingangs-Dach als „*absolut Alternativlos*“. Die Linken lehnten das Vorhaben ab, weil ihnen die Konstruktion nicht zusage. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wilhelm Bies erklärte, dass die teure Holzkonstruktion schließlich wasserfest behandelt werden müsse und dadurch nicht 'nachhaltig' wäre, sondern eventuell sogar zu Sondermüll werden könne. Dementsprechend enthielt sich die FDP-Fraktion, da sie sich nicht grundsätzlich gegen die geplante IGA aussprechen wollte. Die Linken stimmten gegen den Bau und alle anderen Fraktionen lobten und beschlossen den Eingangspavillon zur IGA 2027.

Neues Hallenbad in der Stadtmitte

Unter einer Vielzahl von Bebauungsplänen, die alle einstimmig beschlossen wurden, befand sich auch der B-Plan zum Bau eines neuen städtischen Hallenbades in der Stadtmitte. Es soll an der Mercatorstraße neben der Autobahnauffahrt zur A59, an der Tankstelle (Eller-Montan) sowie in direkter Nachbarschaft zur neuen Feuerwache entstehen. Die Bezirksvertretung Mitte hatte innerhalb der Beratungen die Fragen aufgeworfen, ob es einen alternativen Standort gäbe und ob das Hallenbad in Neuenkamp deshalb tatsächlich geschlossen werden müsse. Die Verwaltung plant aktuell die Hallenbäder in Neuenkamp und Neudorf zu schließen, sobald das neue Bad an der Mercatorstraße gebaut wurde. Da die Sparkassenstiftung den Bau des Hallenbads bezahlen will, ergossen sich die meisten Wortbeiträge in Lobeshymnen auf die Sparkasse. Dementsprechend wurde der Bebauungsplan einstimmig beschlossen. Der Bau, die Kosten und die konkreten Planungen erfolgen erst in späteren Schritten.

Grundsteuerhebesätze

Wie berichtet, hatten sich die Liberalen in der letzten Ratssitzung als einzige Fraktion gegen einen gesplitteten Hebesatz für die zukünftige Grundsteuer B ausgesprochen. Alle anderen Fraktionen hatten beschlossen, dass die privaten Grundstückseigentümer (mehrheitlich) gleichbleibend oder weniger zahlen werden, während die Gewerbegrundstücke deutlich höhere Beiträge zahlen müssen. Nach dieser Grundsatzentscheidung legte der Kämmerer nun die konkreten Zahlen vor. Demnach soll der Hebesatz für Wohngrundstücke 886% betragen und für „Nichtwohngrundstücke“ 1.469%. Da die FDP sich gegen den gesplitteten Hebesatz ausgesprochen hatte, stimmte sie auch gegen die jetzt vorgeschlagenen Hebesätze. Alle anderen Fraktionen beschlossen die vom Kämmerer genannten Hebesätze.

Ausbau der A59

Die Autobahn GmbH hat beim Fernstraßenbundesamt einen „*Antrag auf Erlass einer vorläufigen Anordnung zum vorzeitigen Baubeginn der A59 von der Berliner Rücke bis zur Anschlussstelle Marxloh*“ gestellt, um die Bauarbeiten an der maroden Berliner Brücke frühzeitig beginnen zu können. Da der Antrag der Autobahn GmbH jedoch die gesamte Strecke bis Marxloh beinhaltet, wären alle weiteren Bemühungen der Stadt, den Bereich Meiderich in einem Tunnel (oder Trog) zu bauen, hinfällig. Wenn das Planfeststellungsverfahren so genehmigt wird, wie es die Autobahn GmbH möchte, sind keine Planänderungen mehr möglich, sodass es dann eine durchgehende Autobahnerneuerung in Hochlage geben wird.

Die Stadt wurde jetzt vom Fernstraßenbundesamt aufgefordert, zu dem Antrag der Autobahn GmbH Stellung zu nehmen. Darin teilte die Stadt mit, dass sie „*erhebliche Bedenken gegen die Hochlage in Meiderich*“ habe. Der Oberbürgermeister ergänzte, dass jeder betroffene Bürger gegen die Pläne klagen könne, weswegen es zu erheblichen Zeitverzögerungen kommen könne. Die CDU erklärte, dass sie sich (jetzt) der ablehnenden Stellungnahme der Stadt anschließe, dass es jedoch noch schlimmer wäre, wenn die A59 für längere Zeit gesperrt würde. Der Oberbürgermeister erhob schwere Vorwürfe gegen die Bundesbehörde, da diese schließlich kein privates Geld verwalten würde, sondern Steuergelder. Er sei „*zu Kompromissen bereit, aber so nicht.*“ Die Fraktion JuDu hatte sich schon früh gegen den Wunsch der Stadt ausgesprochen, den Bereich Meiderich in Tunnellage zu bauen, dementsprechend stimmte sie jetzt gegen die ablehnende Stellungnahme der Stadt, alle anderen stimmten zu.

Neubau einer Wasserstoffleitung

Wie zur Erneuerung der A59 sollte die Stadtverwaltung auch eine Stellungnahme zum geplanten Bau einer Wasserstoffleitung auf Duisburger Stadtgebiet abgeben. Darin begrüßt die Stadt zwar den Bau einer Wasserstoffleitung, widerspricht in ihrer Stellungnahme jedoch der derzeit geplanten Trassenführung durch den Walsumer Driesenbusch und Ruloffsbusch, die beide als Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen sind. Zum Bau der Wasserstoffleitung müssten dort ca. 40.000m² Wald gerodet werden. 8.000m² davon könnten auch später nicht wieder aufgeforstet werden. Dazu soll die Kompensation der gerodeten Wahlfläche nicht auf Duisburger Stadtgebiet erfolgen sondern überwiegend im Bocholter Raum. Zudem sei durch den Bau der Leitung an dieser Stelle auch der Bestand des Waldkauzes gefährdet. Daher hat die Stadtverwaltung in ihrer Stellungnahme eine alternative Trassenführung vorgeschlagen, die von vielen Ratsmitgliedern gelobt wurde. Ob die zuständige Bezirksregierung in Düsseldorf auf die Änderungswünsche der Stadt eingeht, ist derzeit offen.

Livestream-Übertragung der Ratssitzungen

Nachdem die Erprobungsphase der Livestream-Übertragungen der Ratssitzungen nach fünf Sitzungen beendet war, wollte eine parteiübergreifende Gruppe das Ergebnis beraten. Dabei kam es jedoch zu Unstimmigkeiten und verschiedenen Sichtweisen. Während die größeren Fraktionen durchschnittlich 200 bis 1800 Zuschauer (einmalig) enttäuschend fanden, freuten sich die kleineren Fraktionen über den „*durchweg großen Zuspruch*“. Als erörtert wurde, dass es sich um nur die Zahl der Einwahlvorgänge handelte, also nicht um tatsächliche Zuschauer (da jeder Zuschauer sich öfter ein- und auswählen konnte), verabredeten sich die Teilnehmer zu einer weiteren Gesprächsrunde.

Bis zur zweiten Gesprächsrunde hatten SPD und CDU bereits einen Beschluss erarbeitet, nachdem die Erprobungsphase um weitere zwei Sitzungen verlängert werden soll und der neu gewählte Rat (erst) nach der Kommunalwahl die endgültige Entscheidung darüber treffen solle, ob es zukünftig dauerhaft Livestream-Übertragungen des Duisburger Rates geben soll oder nicht. Da es bis zur Kommunalwahl noch drei Sitzungen sind, fragten sich die Liberalen im Vorfeld, warum die Erprobungsphase nur zwei Sitzungen umfassen soll. Eine glaubwürdige Antwort blieben die anderen Fraktionen schuldig. Dennoch stimmte die FDP-Fraktion, wie alle anderen, dem vorliegenden Beschlussvorschlag zu.

Ethische Grundsätze für die Ratsarbeit

Gegen Ende der öffentlichen Ratssitzung sorgte ein gemeinsamer Antrag von SPD, CDU, JuDu und BSW für Irritationen. In ihrem Antrag forderten sie die Stadtverwaltung auf, ethische Grundsätze für die Arbeit im Rat zu entwickeln. Dabei solle es um ein „*respektvolles Miteinander*“ gehen, um den „*Schutz demokratischer Werte*“, gegen „*jede Art von Extremismus*“ und um den beschlossenen „*Konsens gegen Rechts*“, den der Rat schon zu Beginn der Legislaturperiode beschlossen hatte. Die Grünen stellten die Frage, warum die Verwaltung ethische Grundsätze für die Politik(er) erarbeiten sollte? Das Thema könne man gerne im Ältestenrat besprechen, aber nicht im Rat beschließen.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wilhelm Bies fragte: „*Was soll das?*“ Für die Verwaltung hat (normalerweise) der Wille der Politik Vorrang. Hier soll dieses Verhältnis nun umgekehrt werden. Weiter stellte er die Frage, ob wir jetzt in jeder Ratssitzung so etwas ähnliches beraten und beschließen sollten - und mit welchem Ziel(?). Zuletzt erklärte Wilhelm Bies, dass das im Antrag Geforderte eigentlich alles im Grundgesetz stehe und in nahezu jeder städtischen Gesellschaft zu den Compliance-Vorschriften gehöre. Die Grünen versuchten noch, den Antrag in die nächste Ratssitzung zu schieben, aber das wurde von der großen Mehrheit abgelehnt. Für diesen Antrag stimmten SPD, CDU, BSW, JuDu und Ratsherr Sipahi. Die Fraktion Tierschutz/DAL enthielt sich der Stimme. Somit war dieser ungewöhnliche Antrag beschlossen. Es bleibt abzuwarten, welche ethischen Grundsätze die Verwaltungsmitarbeiter für die Politik(er) erarbeiten werden.

Um 18:45 Uhr beendete der Oberbürgermeister die öffentliche Ratssitzung

Wenn nichts Unvorhergesehenes geschieht, findet die nächste Sitzung des Duisburger Stadtrates erst wieder am 24. Februar 2025 statt. Danach werden wir Sie wieder über die interessantesten Themen informieren. Bis dahin wünsche ich Ihnen, auch im Namen unserer drei FDP-Ratsmitglieder **Wilhelm Bies, Oliver Alefs** und **Kira Schulze Lohoff**, erholsame Weihnachtsferien und einen guten Start ins neue Jahr.

Thomas Wolters

FDP-Fraktionsgeschäftsführer